

Berliner Notizen



Wärmewende bleibt Fata Morgana

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD propagiert die Wärmewende. Doch die unsichere **Zukunft des Heizungsgesetzes** erstickt Fortschritte.

Mit dem Koalitionsvertrag wollen Union und SPD die Energiepolitik neu ausrichten, speziell das ungeliebte „Heizungsgesetz“ (Gebäudeenergiegesetz – GEG) soll reformiert werden. Unternehmen und Verbände fordern schnelle Klarheit, wie die Wärmewende gelingen soll. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt die anvisierten Investitionen in Wärmenetze, eine geplante Aufstockung des Bundesprogramms für effiziente Wärmenetze (BEW) und die Einbindung privater Mittel über einen Energiewendefonds.

Doch die langfristigen Investitionen brauchten deutlich mehr finanzielle wie regulatorische Stabilität, mahnt Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. „Die Ankündigung, das GEG durch eine neue Regelung zu ersetzen, sorgt für Verunsicherung – bei Unternehmen wie bei Bürgerinnen und Bürgern“, warnt er. Dabei ist gerade das GEG in seiner aktuellen Form eng mit der kommunalen Wärmeplanung verknüpft, die bis Mitte 2026 in Städten über 100.000 Einwohner abgeschlossen sein muss. „Ohne ein klares rechtliches Fundament droht die Umsetzung zu stocken“, so Liebing.

Dagegen fordert der Wirtschaftsrat der CDU eine technologieoffene Ausrichtung der Wärmewende. Ein neues, flexibles Wärmewendegesetz solle das bisherige GEG ersetzen und dabei verschiedene Technologien gleichberechtigt berücksichtigen. Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

spricht sich für die konsequente Fortführung der Energiewende aus – inklusive steuerbarer Gaskraftwerke, Speicherlösungen und dem Ausbau erneuerbarer Energien. Gleichzeitig warnt er vor geopolitischen Risiken auf den Gasmärkten und sieht beim künftigen Gashandel auch eine staatliche Verantwortung.

Kritik kommt dagegen von Umweltverbänden wie dem Bund Naturschutz (BUND). Dessen Vorsitzender Olaf Bandt nennt die kommende Regierung eine „Hochrisikokoalition für Klima- und Naturschutz“. Insbesondere die geplante Abschwächung der Klimaziele durch internationale Kompensationen und der Ausbau von CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) wird als problematisch gewertet. Auch die Subventionierung neuer Gaskraftwerke steht aus Sicht des BUND konträr zu einem klimaneutralen Kurs.

Im Ergebnis steht die Wärmewende aktuell zwischen politischen Absichtserklärungen und regulatorischer Unsicherheit. Der angekündigte neue gesetzliche Rahmen für den Gebäudesektor darf nicht zum Bremsklotz werden. Ohne schnelle Konkretisierung droht nicht nur Planungsunsicherheit, sondern ein Vertrauensverlust bei allen Beteiligten – von den Energieversorgern über die Heizungsindustrie bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern. Darum muss die neue Regierung schnell einen Plan für eine bezahlbare, sichere und klimafreundliche Wärmeversorgung vorlegen. Denn mit warmen Worten allein kann niemand heizen.



SUSANNE HARMSSEN
E&M-Redakteurin

E&M